

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

29.10.1927 (No. 252)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Künstliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Ernst des wirtschaftlichen Problems

Man hat sich in den letzten Tagen in Berlin sehr offen über all die Fragen ausgesprochen, die im Zusammenhang mit dem Schreiben des Reparationsagenten eine schon beinahe krisenhafte Erörterung hervorgerufen hatten. Der Reichsfinanzminister hat mehrfach das Wort ergriffen, aber auch der Reichswirtschaftsminister und der Präsident der Reichsbank haben gesprochen. Unzweifelhaft schon neulich an dieser Stelle geäußerte Vermutung, daß in diesem Augenblick kein verantwortungsbewußter Politiker in Berlin eine schwere Krise heraufbeschwören möchte, hat sich als richtig erwiesen: bisher ist in allen Reden die Tendenz klar in Erscheinung getreten, daß man aus dem recht verfahrenen Zustand der vorigen Woche unbedingt wieder heraus möchte, da schließlich zu große und bedeutungsvolle Interessen für die Gesamtheit auf dem Spiele stehen.

Bei den Erörterungen der letzten Tage hat die Frage unserer Auslandsverschuldung eine große Rolle gespielt. Über den Umfang dieser Verschuldung gehen die Meinungen recht beträchtlich auseinander. Der Reichsfinanzminister und mit ihm auch der Reichswirtschaftsminister bezeichnen unsere Auslandsverschuldung als im wesentlichen normal, als nicht bedrohlich. Der Präsident der Reichsbank, Herr Schacht, ist anderer Ansicht. Die Öffentlichkeit würde es sicherlich begrüßen, wenn in dieser Streitfrage eine ganz genaue Untersuchung veranstaltet würde, die uns ein wirklich zutreffendes Bild unserer Auslandschulden verschafft und bei dieser Gelegenheit mitteilt, wieviel Milliarden an die Privatwirtschaft und wieviel an Staat und Gemeinden geliehen wurden. Aber schon heute möchten wir vom Standpunkte einer fürsorglichen Politik aus empfehlen, lieber etwas skeptisch zu sein.

Tatsache ist doch, daß unsere Auslandsverschuldung mit ihrem Zinsendienst außerordentlich schwer auf uns lastet. Betrachten wir einmal die Dinge unter dem Gesichtswinkel der Interessen der deutschen Volkswirtschaft! Es ergibt sich dann folgendes: Reparationssummen, Schuldzinsen und Steuern belasten unsere Wirtschaft in einem so starken Maße, daß auch heute noch ernste Besorgungen für die Zukunft gerechtfertigt erscheinen. Werden nun neue Gesetze mit neuen, in der Summe nicht unerheblichen Ausgaben beschlossen, so besteht die Gefahr, daß diese Ausgaben, sowie die augenblicklich ja recht erfreuliche Wirtschaftskonjunktur schlechter wird, durch neue Steuern gedeckt werden müssen. Es würde sich dann der bedauerliche Zustand herausstellen, daß die Wirtschaft nicht nur die Lasten einer ungünstigen Konjunktur, sondern auch noch die Lasten neuer Steuern zu tragen hat.

Man sei sich ganz klar darüber: an der Prosperität der Wirtschaft sind wir alle ohne Unterschied interessiert, mögen wir Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Beamte oder Angehörige der freien Berufe sein. Die Wirtschaft ist es, welche die Summen für die Reparation, für die Schuldzinsen und für die sozialen Ausgaben in erster Linie aufzubringen hat. Und deshalb sollte wohl eine jede öffentliche Maßnahme, vor allem aber die gesamte Gesetzgebung im Reich, immer wieder entscheidend beeinflusst sein von der Rücksicht auf die Wirtschaft.

In letzter Zeit ist ausgerechnet worden, daß das Reichsschuldengesetz nicht entfernt die Kosten verursachen würde, die anfangs behauptet wurden. Man braucht sich also an dem Reichsschuldengesetz als solchem finanziell nicht zu stoßen. Worauf es ankommt, das ist der vernünftige Grundsatz, und daß dieser Grundsatz sich praktisch auswirkt. Dieser Grundsatz aber hat für die ganze nächste Zukunft zu lauten: Größte Rücksichtnahme auf die Lage der deutschen Volkswirtschaft und Durchführung aller Maßnahmen, die geeignet sind, uns wirtschaftlich zu fördern, Verzicht auf alle Ausgaben, die nicht irgendwie wirtschaftlichen Nutzen verheißen. Daneben wird Sparjamkeit und Einschränkung das oberste Gebot sein müssen. Und schließlich wird diese, unsere ganze innere Politik beherrschende These noch zu ergänzen sein durch die Forderungen: „Keine Lohnerhöhung ohne Steigerung der Leistung.“ Preissteigerungen wären bei der Durchführung einer solchen Politik nicht zu befürchten.

Wahrscheinlich sind es ähnliche Erwägungen, die den Reparationsagenten zu seinem Schriftstück veranlaßt haben, das ja an sich nichts anderes ist, als ein inoffi-

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

M. Berlin, 29. Okt. (Priv.-Tel.)
Der Parteitag der französischen Radikalfreien Partei in Paris, der mit sehr großer Mehrheit einen Beschluß angenommen hat gegen das von Franklin D. Roosevelt gewünschte Zusammengehen mit den Rechtsparteien und für die Wiederherstellung einer Einheitsfront der Linken im bevorstehenden Wahlkampf, hat über Frankreich hinaus eine besondere Bedeutung, weil diese Partei, die zahlenmäßig zu den stärksten des Landes gehört, nun

die französische Außenpolitik zur Wahlparole gemacht hat. Neben den Fragen der reinen Innenpolitik, wie der Frankfrankreichsfrage und der Feuerung ist in erster Linie das deutsch-französische Verhältnis behandelt worden.

Die Pariser Blätter der Rechten äußern sich heute früh mit sehr starker Verstimmung, namentlich über Cail্লাug, der wohl die eigentliche führende Persönlichkeit gewesen ist. Seine Einstellung war bekannt, aber man hat offenbar nicht erwartet, daß die Niederlage Franklin D. Roosevelts derartig sein würde. Nachdem dieser Politiker schon vor kurzem im „Paris Mibi“ einen Artikel geschrieben hatte, in dem er die Fortsetzung der Rheinlandsbesetzung verlangte, bis Deutschland gefügig genug sei, eine Festlegung seiner Ostgrenzen gegen Polen auf sich zu nehmen, hat er sich gestern wieder als Chauvinist gebärdet. Er gehört zu jenen Kreisen der Partei, die von einer Verständigung nichts wissen wollen, und deshalb war es im Sinne der Verständigung gut, daß man hier Klarheit geschaffen hat. Gegen ihn liegen Auslieferungsanträge vor. Im Vordergrund steht Balletier, der wohl der kommende Parteichef ist, nachdem Saraut, der Bruder des Innenministers, wegen Krankheit, abgedankt hat.

Der eigentliche Führer bleibt Cail্লাug, dessen intimer Anhänger Montigny, gestern erklärt hat, von den ungefähre gleichzeitig stattfindenden Wahlen Deutschlands und Frankreichs hänge der Weltfrieden und das Schicksal Europas ab. Damit ist eine eindeutige Linie geschaffen.

Wichtig ist auch, daß durch den eingangs erwähnten Entschluß eine

Zerschlagung des Kabinetts Poincaré droht. Die Angst der Rechtspresse davor, beweist heute früh deutlich genug, daß sie ihre Wahlausichten nicht für sehr günstig hält und es ist außerordentlich bezeichnend, daß sich in vielen Blättern der Satz findet, wenn die Wahlen wieder so ausfallen würden, wie vor vier Jahren, dann würde Deutschland seine Zugeständnisse bekommen, namentlich würde die Rheinlandräumung beschleunigt werden.

Von sonstigen Ereignissen beansprucht

die Fahrt der italienischen Flotte nach Tanger erhebliches Interesse. Sie ist unterbrochen worden, durch die Kommentare der faschistischen Organe, die gestern den 5. Jahrestag des russischen Siegeszuges dazu benutzt haben, um die italienischen Ansprüche schärfer zu umschreiben. Sie halten an dem Grundsatz fest, daß sich Italien von den Tangerverhandlungen zwischen Frankreich und Spanien nicht ausschließen lassen werde. Bemerkenswert ist dabei der Hinweis auf das Einverständnis mit London.

Die Verwaltungsreform

In der Presse wird von einer Kommission ober Stelle der Reichsministerien gesprochen, die die Verwaltungsreform übernehmen soll. Wie wir erfahren, besteht diese Kommission bereits unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Köhler und wird unter Hinzuziehung des Sparkommissars Sämisch ihre Arbeiten aufnehmen.

zieller Vorläufer seines kommenden, offiziellen Berichts. Vergessen wir doch nie, daß wir vom nächsten Jahre ab zweieinhalb Milliarden pro Jahr als Reparationssumme werden abführen müssen, und daß heute schon ein Teil der öffentlichen Meinung der Welt mit der Behauptung mobil gemacht wird, Deutschland erzeuge einen künstlichen Bankrott, um sich von dieser Zahlung zu drücken. Ob wir auf die Dauer die Lasten des Dawesabkommens tragen können, ist eine offene Frage. Daß wir zunächst redlich alles versuchen müssen, um die Jahres-

zahlungen aufzubringen, ist selbstverständlich, schon aus außenpolitischen Gründen! Jedenfalls sollte von keinem Mitbürger, der irgendwie aktiven Anteil an der Politik des Reiches nimmt, der Ernst der finanz- und wirtschaftspolitischen Lage ignoriert werden.

Die Wirtschafts- und Finanzlage

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstags

In der fortgesetzten Aussprache im Haushaltsausschuß des Reichstages sprach am Freitag nach dem Deutschnationalen Quaaß Abg. Dr. Brüning (Zentr.). Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die Erhöhung der Beamtenbesoldung etappenweise vorgenommen worden wäre. Beim Reich sei die Deutung vorhanden, aber wie stehe es mit einem Teil der Länder und Gemeinden? Schon jetzt sei angekündigt, daß ein Teil der Gemeinden die Mehrkosten durch Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und der Realsteuern aufzubringen beabsichtige. Die Gefahr bestehe also, daß damit eine Preissteigerung verbunden sei, und daß gewisse optimistische Ausführungen des Reichswirtschaftsministers in der gestrigen Sitzung sich nicht reiflos erfüllen würden. In derselben Richtung wirkten Besorgnisse wegen des Stillstandes über die Besoldungsvorlage der Reichsbahn. Man müsse unbedingt zur Gesamtbeurteilung des Problems wissen, ob die Reichsbahn in der Lage sei, ohne Tarifserhöhung und zwar auch im nächsten Jahr, für ihre Beamten und Arbeiter dieselbe Erhöhung vorzunehmen. Bedauerlich sei es, daß einzelne Länder in ihren Vorlagen bereits über die Beamtenbesoldungsvorlage des Reichskabinetts hinausgegangen seien. Das mache ebenso wie die Frage der Kontrolle über die Auslandsanleihen der Gemeinden es notwendig, dem Gedanken starker Ausdruck zu geben, daß die gesamte Finanzpolitik vom Reich, Ländern und Gemeinden unter den zentralen Gesichtspunkt der Reparationen zu stellen sei. Es dürfe unter keinen Umständen vorkommen, daß prägnante Ausgaben auf Anleihen übernommen würden, wenn sie zum Teil wenigstens durch Ersparnisse auf anderen Gebieten durch die laufenden Einnahmen bedungsfähig wären.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler ergriff dann nochmals das Wort und führte aus: Aus dem Verlauf der Debatte geht hervor, daß der Reichstag von einer isolierten Behandlung der Besoldungsvorlage absehen will. In Übereinstimmung hiermit vertritt die Reichsregierung einmütig den Standpunkt, daß der Gesamtkomplex der hier vorliegenden Fragen und Vorlagen als ein ganzes betrachtet und behandelt werden muß. Was speziell die Beamtenbesoldung angeht, so stehen wir vor der Frage, ob jetzt eine Teillösung vorweggenommen, und erst später eine endgültige Lösung erfolgen soll. Wir haben uns insbesondere aus drei Gründen für die Endlösung entschieden, und zwar galt es einmal, die schon von verschiedenen Regierungen gegebenen Versprechungen einzulösen, sodann befinden wir uns jetzt im letzten Übergangsjahr vor der endgültigen Auswirkung des Dawesplans. Drittens bot die günstige Entwicklung der Wirtschaft eine materielle Unterlage, um das nachzuholen, was bisher unterbleiben mußte. Die vorhergegangene Diskussion gab dem Minister Anlaß, sodann auf den außerordentlichen Etat einzugehen. Er betonte dabei, daß angesichts der derzeitigen finanzwirtschaftlichen Lage von der Aufnahme neuer Reichsanleihen keine Rede sein könne. Er werde deshalb auch für das Rechnungsjahr 1928 den außerordentlichen Etat in höchstem Maße einschränken. Die Arbeiten hinsichtlich der Verwaltungsreform werden von der Reichsregierung fortgesetzt. Was die Vermögenssteuer und die lex Brüning (Lohnsteuererhöhung) anlangt, so wird die Reichsregierung die gegebenen Zusagen selbstverständlich halten. Die schon 1925 begonnene Politik der Steuererhöhung wird fortgeführt. Auch an den Abbau der Bille wird gedacht und mit Rücksicht hierauf die Etat-Vorschläge niedriger gehalten. Wenn keine katastrophale Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage eintritt, so schloß der Minister, dann können die Lasten der Besoldungsordnung nach meiner Überzeugung getragen werden. Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) betont, daß selbstverständlich mit der Besoldungserhöhung auch die Frage der Verfassungs- und Verwaltungsreform parallel gehe. Das Verhältnis des Reiches zu den Ländern und Gemeinden müsse in erster Reihe unter finanziellen Gesichtspunkten angesehen werden. Die Länder und Gemeinden bezahlten in manchen Fällen weit über die Höhe des Reiches hinaus ihre Beamten. Nebenher gab die Anregung, ob im Reichsministerium des Innern nicht ein besonderes Referat für Verwaltungsreform eingerichtet werden solle. (Zuruf: also wieder ein neues Referat!) Abg. Torgler (Komm.) polemisierte gegen den sozialdemokratischen Redner Dr. Dörfing. Es ruhe gar nichts, wenn die Gehaltserhöhung inzwischen durch Preissteigerung illusorisch geworden ist. Die Kommunisten fordern Verabreichung der Massensteuern und Erhöhung der Besitzsteuern.

Die Sterblichkeit nimmt ab

Lehrreiche Zahlen liefert das Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, das in seiner neuesten Ausgabe die absoluten Sterblichkeitsziffern für das Deutsche Reich seit 1871 bringt. Es starben auf 10 000 Einwohner berechnet im Jahre 1871 29,6, 1890 24,4, 1911 17,4, 1915 21,4, 1918 24,7, 1919 15,6, 1920 15,1, 1921 13,9, 1924 12,2, 1925 11,9 und 1926 11,7 Personen. In den Kriegsjahren 1871 und 1914/18 zeigt sich naturgemäß eine erhöhte Sterblichkeit, im übrigen aber ergibt sich eine ständige Abnahme der Sterbeziffer, ein räumlicher Beweis für die Wirksamkeit der fortschreitenden sanitären Durchbildung, Aufklärung und Versorgung der Bevölkerung. Galt man die Zahlen von 1913 gegen die von 1926, so ergibt sich ein Rückgang der Sterblichkeit von 2 Proz.

Mit der Beilage: Erinnerungs-Blatt zur Eröffnung der Carl-Franz-Festhalle in Kastatt

Politische Neuigkeiten

Das Schulgesetz im Ausschuss

Im Bildungsausschuss des Reichstages erklärte heute Reichsinnenminister v. Reubell, daß der Reichsjustizminister die Schulvorlage in jedem einzelnen Punkte billige. Er sei der Ansicht, daß sie vollständig der Verfassung entspreche. Wir wollen ein Gesetz zustandbringen, das von keinem Lande und von keinem Teil des Volkes als Vergewaltigung empfunden wird. Der Entwurf läßt mit Absicht die Frage offen, ob der Gemeinschaftsschule eine Vorzugsstellung einzuräumen ist. Die Länder haben nach dem Entwurf vollständig freie Hand. Rechtlich unbedenklich ist es, die bestehende Volksschule ohne Antrag weiter bestehen zu lassen. Der Minister erklärte weiter, daß die Reichsregierung den preussischen Vorschlägen nicht beitreten könne, weil ihre Annahme große Anruhe in die Bevölkerung tragen und die Kosten stark erhöhen würde. Zusammenfassend betonte der Minister, für die Reichsregierung bestehe an der Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs kein Zweifel.

Abg. Dr. Löwentstein (Soz.) erklärte, daß die Sozialdemokratie mit allen verfassungsmäßigen Mitteln den Schulgesetzentwurf bekämpfen würde. — Abg. Schulz (Deutschn.) führte aus, daß er über die Leistungen der weltlichen Schule noch nichts Günstiges gehört habe. Der Deutsche Lehrerverein und die deutsche Lehrerschaft seien Begriffe, die sich nicht deckten.

Am heutigen Samstag gab der Gesandte Althorn für die obdenburgische Regierung die Erklärung ab, daß sie mit dem Reichsentwurf insoweit einverstanden sei, als er die konfessionellen Schulen erhalten wolle. Obdenburg wünscht nur eine Ergänzung darin, daß ein geordneter Schulbetrieb nur dann als gewährleistet angesehen wird, wenn durch Einrichtung der neuen Schule das gesamte Schulwesen der Gemeinden nach Aufbau und Zahl der Unterrichtsabteilungen, sowie nach allen Unterrichtsabteilungen nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Für nicht erforderlich hält die obdenburgische Regierung die Vorschriften des Reichsentwurfs über die Schulaufsicht.

Frau Dr. Bäumer (Dem.) war mit der Erklärung des Reichsinnenministers über die Verfassungsmäßigkeit nicht einverstanden, besonders deshalb nicht, weil die erwartete Einheitschule danach nicht kommen würde, sondern nur eine Einheitschule auf Antrag.

Darauf gab der preussische Ministerialdirektor Dr. Kästner eine längere Erklärung ab, in der er sich gegen die geistige Stellungnahme des Reichsinnenministers v. Reubell wandte. Er forderte, daß der Bildungsausschuss entgegen dem Wunsch des Reichsinnenministers aus dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte des Art. 146 der Reichsverfassung kritisch Stellung nehme. Ferner erklärte er, die verschiedenartige Stellungnahme Preußens in den Schulfragen damit, daß auch die Reichsentwürfe von 1921, 1925 und 1927 ganz verschiedenartiger Natur gewesen seien. Dr. Kästner stellte fest, daß auch Minister v. Reubell die preussische Auffassung als zutreffend bezeichnet habe, wonach die Gemeinschaftsschule eine Vorzugsstellung haben sollte. Er war jedoch nicht einverstanden mit der Folgerung des Reichsinnenministers, daß die Länder freie Hand haben sollten, diese Vorzugsstellung zur Wirklichkeit zu bringen. Die Überlassung einer so wichtigen Frage an die Landesgesetzgebung, sei mit dem Rechte des Reiches zur Grundgesetzgebung unvereinbar. Schließlich erklärte der preussische Vertreter noch, daß die Übergangslösung Preußens weniger Beunruhigung und geringere Kosten mit sich bringen würde, als die von der Reichsregierung vorgeschlagene, da gerade der preussische Vorschlag die Erhaltung der bestehenden organischen Entwicklung des Schulwesens möglichst sichern wolle.

Ein Kabinettsausschuss zur Prüfung der Verwaltungsreform. Das Reichskabinett hat einen aus mehreren Reichsministern und dem Sparkommissar bestehenden Ausschuss eingesetzt, der die Frage der Verwaltungsreform behandeln soll. Der Ausschuss hat dabei besonders die Aufgabe, nach der Seite der Ersparnungsmöglichkeiten hin zu prüfen, wie weit sich Doppelarbeit von Reich und Ländern vermeiden läßt. Die Einsetzung dieses Ausschusses liegt in der Linie der Erwägungen über die Verwaltungsreform, die die Reichsregierung bereits seit längerer Zeit beschäftigen.

Lohnforderungen der hiesigen Bergarbeiter. Die Bezirksverbände der Bergarbeiter des hiesigen Steinkohlenbergbaues haben beim Arbeitgeberverband unter Hinweis auf die erhöhten Lebenshaltungskosten eine zwischenstaatliche Lohn-erhöhung beantragt. Der bestehende Tarif kann erst am 31. Mai 1928 geändert werden.

Badisches Landestheater

Tiefland

Es wäre kaum etwas über die Wiederaufnahme der d'Alb-Oper ins Repertoire zu berichten, wenn nicht die meisten Partien eine neue Besetzung erhalten hätten. So singt jetzt Melba von Hartung die Martha, der Sebastiani ist dem urprünglichen Rollen Träger (Josef Nühr) zurückgegeben, und im Mittelpunkt der ebenfalls erstmalig von Rudolf Schwarz dirigierten Aufführung steht gegenwärtig Josef Witts Pedro. Nach dem zweiten Akt zu urteilen, den ich allein anhören konnte, scheint sich das neue Ensemble noch nicht vollkommen zusammengefunden zu haben. Auch hörten einige gepreßte Töne der Hochdramatischen, während der Tenor allgütiger in unerwünschten Sprechgesang verfiel. Es war überhaupt ein bißchen viel Naturalismus, mit dem dann und wann agiert wurde, zumungunsten des Wertes selbst, das doch einige recht opernmäßige und gefanglich an sich darbare Szenen aufweist. Allerdings hat auch der dafür verantwortliche Regisseur (Dr. G. Wucherperffing) die blutrünstige Handlung — nunmehr schon auf der alten Dekoration durch ein kräftiges Rot angedeutet — nach der andern Richtung umgestellt und das Praktische daran erheblich unterstrichen. Man kommt dem berüchtigten „Tiefland“-Stil erst näher, wenn man zugleich künstlerisch sich seine intensiv leidenschaftsdurchgelähmten Voraussetzungen schafft. In dieser Beziehung enttäuschten jedoch sowohl die Martha wie der Pedro einigermaßen. Entgegen solch prinzipiellen Erwägungen war das auffallend gut besetzte Haus mit dem Verlauf der Vorstellung scheinbar recht zufrieden.

Die Freiburger Theaterausstellung, die als Sonderabteilung der diesjährigen Magdeburger Ausstellung „Das moderne Bühnenbild“ zeigt, wird am Sonntag, den 13. November, eröffnet. In ganz Süddeutschland wie in der Schweiz hat der Gedanke an diese Ausstellung großen Widerhall gefunden, da nun die Möglichkeit geboten ist, ohne großen Aufwand an Zeit und Geld diese kulturell bedeutungsvolle Ausstellung in nächster Nähe zu besuchen.

Die Todesstrafe

Im Strafrechtsausschuss des Reichstages wurde am Freitag die Ausprache über die Todesstrafe fortgesetzt. Abg. Gampe (W. Bgg.) fordert das Notwehrrecht des Staates. Einem solchen Massenmörder, wie Haarmann gegenüber von Humanität zu sprechen, sei inhumaner, als die Menschheit durch Beseitigung dieses Scheusals vor neuen ähnlichen Angriffen zu bewahren. Abg. Wegmann (Zentr.) erklärt, es handle sich bei der Todesstrafe nicht darum, ein Menschenleben zu vernichten, sondern darum, ob es nötig sei, das Leben eines Verbrechers zu opfern, um das Leben des einzelnen und der Gesellschaft zu schützen. Frau Abg. Lüders (Dem.) erklärt, zwei Drittel ihrer Fraktion seien für, ein Drittel gegen die Abschaffung der Todesstrafe. Wenn Justizräte vorkommen, könne bei Aufrechterhaltung der Todesstrafe ein solcher Irrtum sich zum wirklichen Justizmord steigern. Abg. Dr. Bell (Zentr.): Gerade in dem Umstand, daß das jetzige Gesetz bei dem Mord keine milderen Umstände zuließe, lag ein Mangel, dem wir jetzt abhelfen wollen. Abschaffung der Todesstrafe sei nicht identisch mit ihrer Vollstreckung. Abg. Frau Küllf (Soz.) erklärt: Wie der Krieg, so stumpfe auch die Todesstrafe das Gefühl für den Wert des Menschenlebens ab. Abg. Dittmann (Soz.) weist auf die Erschießung der Matrosen 1917 hin, an denen Justizmorde verübt worden seien. Ministerialdirektor Bumbke verteidigt die Richter gegen den Vorwurf, als ob sie etwa aus Rache Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen abgelehnt hätten. Abg. Probus (Dem.) vertritt den Standpunkt der Minderheit seiner Fraktion, die für die Beibehaltung der Todesstrafe eintritt.

Unterbrechung der Elektrifizierung der Schweizer Bundesbahnen

Am den öffentlichen Geldmarkt nicht weiter beanspruchen zu müssen, wurden im Voranschlag der Schweizer Bundesbahnen für 1928 die Bauausgaben stark herabgesetzt. Im Durchschnitt der letzten 9 Jahre waren für Bauten und Anschaffungen durchschnittlich 92 Millionen Franken in den Etat eingelegt worden. Für 1928 sind nur noch rund 60 Millionen Franken für diesen Zweck ausgeworfen, wovon 37 Millionen Franken auf Bauten und 13 Millionen Franken auf den Betrieb verednet werden. Dazu kommt allerdings noch eine Rate von 10 Millionen Franken aus dem Bundesbeitrag zur beschleunigten Elektrifizierung. Bei der ersten Elektrifizierungsperiode, die mit dem laufenden Jahre abgeschlossen sein wird, wurden alle wichtigen Verkehrslinien auf elektrischen Betrieb umgestellt. Während für die im laufenden Jahre noch auszuführenden Elektrifizierungsarbeiten noch 40 Millionen Franken ausgegeben werden müssen, entfallen für 1928 auf die Elektrifizierungsarbeiten nur noch 14,8 Millionen Mark.

Kurze Nachrichten

Koch-Weser. Der Vorsitzende der deutschen demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch, Mitglied des Reichstages, hat seinen parlamentarischen Namen Koch-Weser als bürgerlichen Namen angenommen. Maßgebend dafür war die zunehmende Häufung von Namensverwechslungen mit anderen Trägern seines Namens.

Die Mainkanalisation. Der Reichsverkehrsminister Dr. Koch traf heute, Samstag, zu einem offiziellen Besuch bei der bayerischen Regierung in München ein. Er wird vor allem mit dem Minister des Innern, Stübel, die Frage der Errichtung von Wasserkraftwerken, besonders die Durchführung der Mainkanalisation, besprechen. Mit den Verhandlungen wird eine Besichtigung des Walchenkraftwerkes und des Kraftwerkes bei Passau verbunden sein.

Bahrischer Volkstraumag am 13. November. Wie aus München gemeldet wird, wird nach einer Bekanntmachung der sämtlichen Staatsministerien in diesem Jahr der Geburtstag für die Opfer des Weltkrieges am 13. November begangen werden.

Treibschiff-Lincoln in Peking. Laut „Westminster Gazette“ ist der bekannte Abenteurer Treibschiff-Lincoln in der Verkleidung eines Buddhisten in Peking eingetroffen. Man nimmt an, daß er den Versuch machen wird, den Panischen Lama zu überreden, ihm die Möglichkeit zu geben, durch Tibet nach Indien zu gelangen.

Erfolge der chinesischen Nordtruppen. Das mit Tschangtsjin verbundene Schantung-Tschili-Heer nahm nach ersten Kämpfen Kaitung in Honan ein und erbeutete eine Anzahl mit Russen bemannter Panzerwagen.

Badischer Teil

Zur Zusammenlegung der Landesamtsarbeitsbezirke

Das „Deutsche Volksblatt“ in Stuttgart will von unterrichteter Seite erfahren haben, daß für die Zusammenlegung zu einem südwestdeutschen Landesamtsarbeitsbezirk die Pfalz nicht mehr in Betracht käme, daß aber Baden und Württemberg zusammengelegt würden.

Dagegen muß vom badischen Standpunkt aus scharf protestiert werden. Wenn man schon nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, ohne Verächtlichmachung der Landesgrenzen, zusammenlegen will, dann gehört die Pfalz zu dem südwestdeutschen Landesamtsarbeitsamt.

Der Artikelschreiber will auch wissen, daß der Sitz nach Karlsruhe käme. An der maßgebenden Stelle in Berlin ist darüber noch nichts bekannt. Man gewinnt fast den Eindruck, als sei die Nachricht nur verbreitet, um in Württemberg die Gemüter zu erregen. Im übrigen ist noch zu bemerken, daß für die Sitzverlegung nach Karlsruhe mindestens ebenso gewichtige Gründe geltend gemacht werden können, wie für Stuttgart. Das Bild der Landkarte ist dafür nicht allein ausschlaggebend.

Unterstützungen aus der Hindenburgspende

Das Hauptverwaltungsamt schreibt: Bei den Verwaltungsbehörden gehen in zunehmender Zahl Anträge auf Unterstützungen aus der Hindenburgspende ein. Das Hauptverwaltungsamt macht darauf aufmerksam, daß — soweit bekannt — die Sammlung noch nicht abgeschlossen ist. Jedemfalls sind weder Bestimmungen über die Verwendung der aufgefundenen Mittel ergangen, noch steht überhaupt fest, ob die Verwaltungsbehörden (Hauptverwaltungsamt, Verwaltungsämter) hierbei beteiligt werden. Viel wahrscheinlicher wird es sein, daß in der Hauptsache die Fürsorgebehörden in Frage kommen. Die Einreichung von Gesuchen um Unterstützung aus der Hindenburgspende an die Verwaltungsbehörden ist daher erfolglos, solange die näheren Bestimmungen hierzu noch nicht erlassen sind. Den Verwaltungsbehörden bleibt nur übrig, eingereichte Gesuche wieder an die Antragsteller zurückzugeben.

Giltstag für das Grenz- und Auslandsdeutschtum in Baden

Einem Giltstag für das Grenz- und Auslandsdeutschtum wird demnächst, wie schon mitgeteilt, mit Unterstützung der Schuljugend des ganzen Landes der Landesverband Baden v. Vereins für das Deutschtum im Ausland (B.D.A.) veranstaltet. Den Vorsitz des Ehrenausschusses hat Staatspräsident Dr. Frunk übernommen; es gehören ihm an Unterrichtsminister Leers, sämtliche Kirchenbehörden des Landes, die Vorsitzenden der bürgerlichen Vereinigung der deutsch-demokratischen, der deutschliberalen, der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion des Landtages, die Direktoren der badischen Universitäten und Hochschulen, die badischen Lehrervereine u. Frauenverbände, Kriegerbund und Reichsbanner, Sängerschaft und Turnerschaft, Handel, Gewerbe, Industrie und Angestellte. Vertreter aller Berufe, Parteien und Bekenntnisse haben sich somit vereinigt, um den Giltstag der Fürsorge aller Volks-genossen zu empfehlen und vor aller Öffentlichkeit zu bekunden, daß die Arbeit am Auslandsdeutschtum Sache des ganzen Volkes sein soll. Diese Arbeit ist Kulturarbeit im weitesten Sinne. Ihr Ziel ist die Erhaltung aller deutschen kulturellen Einrichtungen im Auslande, vor allem der mühsam um ihren Bestand ringenden deutschen Schule. Von deren Weiterleben hängt letzten Endes die Zukunft des 30—40 Millionen Seelen zählenden deutschen Volkstums in den Grenzgebieten und im Auslande und damit auch das Geschick des Binnendeutschtums ab.

Es ist daher Pflicht aller Volksgenossen im Reiche, ohne Unterschied des Standes, der Partei und des Bekenntnisses, sich dieser wichtigen Aufgabe auf das wärmste anzunehmen und die segensreiche Tätigkeit des B.D.A. mit allem Nachdruck zu unterstützen.

Karlsruher Konzerte

Sonderbar, wie falsch selbst sogenannte Fachkennner sich zur Eigenart der neuen Musik oft noch einstellen. Was man doch vor einigen Tagen bei einer Kritik des zweiten Sinfoniekonzertes des Landestheaterorchesters, in dem Paul Hindemiths Klavierkonzert zur örtlichen Erstaufführung kam, dies Kammerwerk sei Oberflächennusik! Das ist natürlich ein absichtliches Mißverstehenwollen oder aber ganz einfach ein Nichtverstehenkönnen; denn der Komponist verzichtet mit absoluter Folgerichtigkeit gerade auf alles, was nur entfernt an glitzernde Oberfläche erinnern möchte, ja es ist ihm im Gegenteil viel wichtiger, nur Substanz und eben diese vielleicht sogar nur im Rohbau zu geben. Nicht irgendwelche äußerliche Effekthascherei verdrängt also das Wesentliche der Schöpfung, sondern ohne glänzende Fassade — das zeigt deutlich genug auch die auf obligates Klavier und ein Duzend Soloinstrumente reduzierte Besetzung — soll sie zu wirken versuchen. Eine andere Frage ist allerdings, wie weit das bei einer Hörergemeinde aus der großen Masse der Mittelschichten gelingt und ob diese sich überhaupt nach einer einmaligen Vorführung über die inhaltliche Problematik und technische Kompliziertheit eines solchen Wertes Rechenschaft geben kann. Denn das im entscheidenden Kernpunkt Neuwertige daran ist, daß vollkommen von innen heraus gebaut wird und daß unlöslich mit dieser elementaren Zweckidee feiner innerer Dynamik sowie Motorik auch die äußere Erscheinungsform verbunden bleibt. Von der ungeheuren Wandlung, die sich damit gegenüber aller oberflächlichen dekorativen Musik vollzieht, will ich indessen nicht weiter reden; aber selbst ein Rave, falls ihm das Gemeindefest in die Materie einermöglichen möglich ist, muß doch immerhin gemacht haben, daß man mit der Bezeichnung „Oberflächennusik“ vorbeurteilt, sondern vielmehr umgekehrt auf den Grund hin zu achten hat, weil dort sich Lebendiges zu entwickeln anfängt. Die Wiedergabe hat leider die Ansätze dieses Wandlungswillens nicht gleichmäßig zu klarer Ausformung gebracht. So erschien mir persönlich der erste Satz zu langsam, der zweite dagegen viel zu bewegt, um bei abnorm-

metrischer Tendenz dennoch deren außerordentlich plastische Einheitlichkeit deutlich wirken zu lassen. Besser ergänzten in ihrer Teilfunktion sich die beiden letzten Sätze, hier gestaltete auch Alfred Guelin, der Solist am Klavier, feingliederiger. Daher wich bei einem Teil der Hörer wenigstens die Voreingenommenheit (im schlechten Sinn) allmählich einer impulsiven Regung, es gab nach Schluß sogar ehrlich begeisterte, während einige andere auch dann noch nicht auf den populären Agitationsstoff verzichten wollten, den ihnen vermeintlich für ihren Kampf gegen das Neue sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal darbot.

Die übrigen Werte des Programms lenkten den Blick nach rückwärts, und unferne in musikalischen Dingen so typisch sentimentale, immer nach rückwärts gerichtete Verliebtheit gab natürlich zu billigen Analogiekonstruktionen noch mehr Anlaß. Zur Zeit der gepuderten Marquisen hatte es indessen die Musik auch nicht so leicht, wie es heute etwa unferne Ohren aus Gahns G-Dur-Sinfonie (Nr. 13) entgegenklingt. Unmittelbar vor der großen Revolution insbesondere tauchten allerlei neue Probleme auf. Daran sollte man nicht zuletzt denken, wenn man schon der Gegenwart jene Klassiker als Beispiel vorhält. Selbst Haydn hat sich damals vorweg in der Rolle eines kühnen Neuerers geltend gemacht und nur, weil soviel Fröhlichkeit mit aus seiner Notefeder quoll, wurde er sofort verstanden. Daß in Beethovens großer Existenz schließlich ein Bild von so aufreizender Fährlichkeit wie der Streit um sein Werk auch nicht das kleinste Geheimnis war, soll uns eine stille Mahnung sein, nie um des Fernen willen das Nahe im Stich zu lassen. So empfunden kann sogar die Punkte bis an die Tore der Gegenwart geleiten! Zur Aufführung beider Sinfonien ist nur nachzutragen, daß Generalmusikdirektor Josef Krips zwei bedeutsame, begeistert aufgenommene Reproduktionsleistungen schuf. Kein atonisch erhoben sich freilich etliche Bedenken gegen die klangliche Resonanz der vom Landestheaterorchester verwendeten Instrumente, die augenblicklich sich scheinbar nicht im allerbesten Zustand befinden.

Einen Abend von ziemlich herborragendem Urkundenwert vermittelte das Gastkonzert des Original-Mexikanischen Ra-

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4854/56
Großhandel | Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briketts | Kleinhandel

Eine Rundgebung für die Simultanschule in Karlsruhe

Am Freitag abend veranstaltete der Ortsverein Karlsruhe des Badischen Lehrervereins in Gemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen und Sozialdemokratischen Partei in der Festhalle eine Rundgebung für die Erhaltung der badischen Simultanschule.

Nach einer einleitenden Ansprache des Bezirksvereinsvorsitzenden **Wek** sprach zunächst Reichstagsabgeordneter **Dietrich** von der Demokratischen Partei. Er führte u. a. aus: Der Reichsschulgesetzentwurf sichert nicht die Erhaltung unserer Simultanschule, die doch bahnbrechend sein soll für das ganze Deutsche Reich. Wir verlangen, daß der Gesetzentwurf jenen Ländern, in denen die Simultanschule besteht, diese Schule sichert. Wir haben keinen Grund, an der Simultanschule rütteln zu lassen, da wir glauben, daß das Kulturgut als Religion in dieser vollkommen gesichert ist. Nicht das Reich wird die finanziellen Folgen dieses Gesetzes zu tragen haben, man wird sie den Ländern und Gemeinden aufbürden. Aber die Kostenfrage herrsche vollkommen Unklarheit. Die Verantwortlichkeit würde die konfessionellen Gegenstände in starker Ausmaße steigern, und doch ist das Kernproblem, das das deutsche Volk zu lösen haben wird, eben einen Ausgleich dieser Gegenstände zu schaffen.

Für die Deutsche Volkspartei sprach Landtagsabgeordneter **Bauer**, der ebenfalls für seine Partei erklärte, daß diese immer für die Wahrung der verschiedenen Weltanschauungen in der Simultanschule eingetreten ist und eintreten werde. Das religiöse Kulturgut solle in der Gemeinschaftsschule unangefastet bleiben. Nur der Staat habe die Macht, den konfessionellen Frieden zu erhalten, nicht die Kirche.

Als dritter Redner sprach, von der Sozialdemokratischen Partei gestellt, **Schulrat Reimuth**. Weil die Konfessionalisierung der Schule das Einheitsideale, das den Verdiensten nach Talent und Begabung erzieht, zerstört, lehnen die Sozialdemokraten den Reichsschulgesetzentwurf ab. Der Redner verwahrt sich dagegen, daß die weltliche Schule eine religionslose sei, sie sei nur konfessionslos.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden fand eine Entschließung die einstimmige Zustimmung der Versammlung. Es heißt darin u. a., daß der Reichsschulgesetzentwurf dem Staat die Schulhoheit nehme und sie den Konfessionen ausliefern, er zerstöre die Einheit des badischen Schulwesens und vermindere die Leistungsfähigkeit der Schule. Auch trage er Unfrieden in Gemeinde und Familie und vermehre in einer

tionalerhebers, denn man bekam dabei einen Einblick in die halb barbarische, halb kultivierte Musikpraxis eines Landes, das seit der spanischen Invasion sich trotzdem eine ausgesprochene Eigenart bewahrt hat. Von bedeutenderen melodischen Komponisten schien zwar nur **R. Castro** vertreten, und dieser auch, wie fast alle übrigen, mit einem Tanzstück („Valse Bluettes“). Das Programm legte überhaupt zu starkem Wert auf äußerlich unterhaltende Dinge und besah, soweit ich es verfolgen konnte, gerade nicht durch künstlerische Ambition, wie man es bei einer Europa-Tournee erwarten sollte. Oder ist wirklich dort drüben primitive Volksmusik noch so sehr das zentrale Problem? In absentia einer höheren Kunstgattung unterrichteten jedenfalls auch die eingestreuten Gesänge und Tänze darüber authentisch. — Weniger interessant verlief, schon nach der üblichen Vortragsfolge zu urteilen, ein anderer Konzertabend, obwohl hinter ihm die früher vielfach gewürdigte, erstaunlich pianistische Darbietungskraft eines **Mag. Bauer** stand. Warum greifen berühmte Klavierspieler, wenn sie in die Provinz reisen, immer wieder zu den altbekanntesten Sachen? Man kann doch einen solchen Abend nicht nur aus der Perspektive des zufällig konzertierenden Künstlers erfassen und z. B. ein Verlegenheitsstück, wie Liszts „Benediction de Dieu dans la solitude“, bloß hinnehmen, weil es der virtuosen Atmosphäre des Interpreten entgegenkommt. Ich stütze mich bei dieser allgemeinen Bemerkung übrigens auch auf das Urteil meines Vertreters, der sonst durchgängig den Darbietungen Geschmack und Kultur, Eleganz und Sicherheit nachsagte. — Ein großer äußerer Erfolg krönte das Meisterkonzert, das die beiden Münchner Sänger **Eintrich Knote** und **Wilhelm Rode** zusammen mit **Karl Eimendorff** hierher führte. Erfreulich war insbesondere die Frische des Tenors, der mit bald 60 Jahren manch jüngeren Stimmkollegen weit in den Schatten stellt. Vor allem hatten seine Pieder (Wolf und Strauß) bezwingende Wärme, aber auch in der Grals-erzählung spürte man den unheimlich starken Köhner. Vom Glanz des Baritons bekam man erst in „Wotans Abschied“ den richtigen Eindruck, zuvor versetzte er eigentlich nur mit Schuberts „Doppelgänger“ die Hörer in seelische Spannung. Gerade dadurch bewies jedoch **W. Rode**, daß untrügliches Gefühl für das Gatte ihm vorläufig dort eignet, wo vornehmlich dramatische Bewegung mitschwingt. Mit Duetten (Glück, Bizet und Verdi) begann und schloß der Abend, dessen günstiger Gesamteindruck — auch der Begleiter hatte entsprechenden Anteil — wohl noch durch einige Zugaben vertieft werden mußte.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit
 1827. Jahr. In Kon-
 kursverfahren über das
 Vermögen der Firma **Richard Stihler** in Karlsruhe, In-
 haber Fabrikant **Richard Stihler** in Karlsruhe, ist Ter-
 min zur Verhandlung
 über den vom Gemein-
 schuldner gemachten
 Zwangsvergleichsvorschlag
 bestimmt auf:
**Mittwoch, den 23. Novem-
 ber 1927, vorm. 9 Uhr,**
 vor dem Amtsgericht 11,
 2. Stock Zimmer 31.
 Der Vergleichsvorschlag
 und die Erklärung des
 Gläubigerausschusses sind
 auf der Gerichtsschreiberei
 zur Einsicht der Beteiligten
 niedergelegt.
 Jahr, 26. 10. 1927.
 Amtsgericht.

Ettingen, 1821.
 Güterrechtsregisterrein-
 trag Band II Seite 84:
**Ed. Gustav Karl, Dre-
 her in Ettingen, u. Em-
 ma Karoline geb. Kirchen-
 bauer.** Vertrag vom 21.
 Oktober 1927: Gütertren-
 nung.
 Ettingen, 26. 10. 1927.
 Amtsgericht.

Zeit der größten wirtschaftlichen Not die Schulklassen. Sie verlangt die unbedingte Erhaltung der badischen Gemein-
 schaftsschule.

Der badische Industrietag zu Tagesfragen

Vor kurzem fand im Sitzungssaal der Handelskammer Frei-
 burg i. Br. unter dem Vorsitz des Präsidenten der Mannhei-
 mer Handelskammer eine Präsidialkonferenz des badischen
 Industrie- und Handelsstages statt.

Zur Besprechung stand das Thema der Landes- und Ge-
 meindebesteuerung sowie das Reichsrahmengesetz. Es wurde
 erklärt, daß die gegenwärtige gewerbesteuerliche Belastung der
 Unternehmungen in Baden ganz erheblich zu hoch sei, den
 anderen deutschen Ländern und dem Ausland gegenüber die
 Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt und die badische Wirtschaft
 unterdrücken müsse. Der zweite Teil der Aussprache hatte
 zum Gegenstand das Steuervereinfachungsgesetz, womit
 sich der Steuerausgleich des deutschen Industrie- und Handels-
 stages bereits befaßt hat. Es wurde festgestellt, daß das
 Reichsrahmengesetz trotz der bedeutenden Verschlechterungen
 des jetzigen Entwurfes im Interesse von Handel und Indus-
 trie liege und als Basis zu Unterhandlungen gelten könne.
 Es wurden dann noch allgemeine Fragen behandelt. Wegen
 der Feier des Verfassungstages am 11. August wurde be-
 schlossen, dafür einzutreten, daß der jeweils auf den 11. August
 folgende Sonntag zum Verfassungsfeiertag gewählt werde,
 da dieser in anderen Ländern auch nicht an einem Wochen-
 tage gefeiert werde. Die Handwerkerrevue wurde als eine
 Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Stand bezeichnet.
 Über das Berufsausbildungsgesetz berichtete Prof. Dr. **Blau-
 stein**, Mannheim, wobei ein Antrag der Handelskammer
 Schopheim in Bezug auf kaufmännische Lehrlingsprüfungen
 Annahme fand. Die Versammlung sprach sich darüber aus,
 daß bei der Bildung der Landesarbeitsamtsbezirke auf die
 innere Zusammengehörigkeit der Wirtschaftsgebiete Rücksicht
 zu nehmen sei. Die Errichtung allgemeiner kaufmännischer
 Ehrengerichte wurde abgelehnt. Mit Bezug auf Gründung
 einer Wirtschaftsbank, Beamtenbeförderungserform und Preis-
 bildung, Unterbringung von Versorgungsamtsärzten und
 Schwerkriegsbeschädigten, das Vergebungsverfahren der Ge-
 meinden und Landesamtsstellen, wurden noch verschiedene
 Mitteilungen und Anregungen gemacht.

Die Rheinregulierung und die Schweiz

Zu Studienzwecken über die Regulierung der Rheintrede
 zwischen Jstein und Straßburg werden im Kanton Basel-
 Stadt von der Schweizerischen Regierung weitere Kredite er-
 öffnet, und zwar soll der letzte Spezialkredit von 10 000 Frs.
 auf 22 000 Frs. erhöht werden, weil man sich in Kreisen der
 Schweizerischen Regierung darüber einig ist, daß diese Frage
 einer baldmöglichsten Klärung entgegengeführt werden muß.

Tägungen

Bad. Handwerkergenossenschaftstag. Am 13. November, vor-
 mittags 10 Uhr, findet im großen Sitzungssaal des Badischen
 Landtages zu Karlsruhe der Badische Handwerkergenossen-
 schaftstag statt.

Aus der Landeshauptstadt

Das neue Kolosseum.

Das heutige Kolosseumareal wurde im Jahre 1891 als
 Konzerthalle gebaut. Für die gesteigerten Anforderungen,
 die heute an einen Bühnenbetrieb gestellt werden, waren aber
 die Raum- und Lichtverhältnisse absolut unzureichend, wie
 auch die architektonische Durchbildung des Zuschauerraums
 unbedingt nach einer Umarbeitung im modernen Sinne ver-
 langte. Lange Erörterungen, ob diese Renovation durch Neu-
 oder Umbau zu bewältigen wäre, entschieden sich für den letz-
 teren auf Grund von Plänen, die es ermöglichen, die Forde-
 rungen im Grundriß theatertechnisch, wie in ästhetischer Be-
 ziehung mit immerhin begrenzten Mitteln zu erfüllen.

Das Entgegenkommen der Baukontrolle ermöglicht es, trotz
 Verbeibehaltung des Charakters als Saal mit Podiumbühne, den
 eigentlichen Bühnentechnischen Teil theatermäßig auszubauen.
 Vor allem wurde die Bühne nach der Tiefe hin erweitert.
 Fernerhin war es möglich, größere Abstellräume für den
 Bühnenbetrieb zu schaffen und 10 vollständig ausgestattete
 Sologarderober für die Bühnenkünstler, mit Nebenräumen,
 Verwaltungsbüros und Lagerräumen zu schaffen, sowie das
 Orchester als vertieften halbbedeckten Raum auszubilden.
 Ebenso wurde nach der maschinellen, wie lichttechnischen Seite
 die Bühne den modernen Ansprüchen angepaßt.

Für den Zuschauerraum selbst war es vor allem nötig,
 die Ein- und Ausgänge derart zu verteilen, daß Verkehrs-
 störungen vermieden werden. Es wurde erreicht, daß heute
 der Zugang zu den vorderen Plätzen (Orchesterreihe, I. und
 II. Abteilung) mit Kasse und den nötigen Garderoben auf die
 Seite gelegt werden konnte, so daß die Besucher der nume-
 rierten Plätze nicht mehr durch den ganzen Saal gehen
 müssen.

Das Streben nach größerer Intimität des Interieurs war
 auch für die Bestimmung des Farbtons selbst maßgebend. Es
 wurde versucht, durch Nuancierungen in roten bis zu
 bräunlichen Tönen den Charakter eines Festraumes zu er-
 reichen. Um den Raumeindruck noch zu erhöhen und die Zu-
 schauer noch mehr auf die Bühne zu konzentrieren, wurde
 von einer Schmückung des Saales durch Kronleuchter voll-
 ständig abgesehen, vielmehr wurden die vorhandenen Holz-
 konstruktionen dazu benützt, durch konförmig ausgebildete
 Leuchtgeräte eine halbindirekte Flächenbeleuchtung von Wän-
 den und Decken hervorzurufen.

Hauptaugenmerk wurde darauf gelegt, sämtliche unter der
 Leitung von Architekt **Höfler** vorgenommenen Arbeiten einem
 einheitlichen Grundgedanken zu unterwerfen. Dies mußte
 nunmehr angestrebt werden, da mannigfache Kräfte zur Aus-
 bildung der Einzelheiten herangezogen wurden. So schuf die
 Figuren des Bühnenrahmens Herr Bildhauer **Sutter**, die Orna-
 mente der Decken und Wände wurden nach Zeichnungen
 des Architekten durch die Bildhauer **Neuerhuber**, **Schmidt** und
Ganther und **Bauer** ausgebildet. Die dekorative Ausmalung
 des Saales stammt von Prof. **Hasel** in München, die der Ein-
 gänge und Rastenträume von **Kunstmalerei Vode** hier. Die ört-
 liche Bauleitung besorgte **W. Wek**. Des weiteren gab eine
 große Anzahl von hiesigen Geschäftsleuten ihr bestes, um in
 kürzester Frist die Absichten einer großzügigen und opfer-
 willigen Bauherrschafft, der **Brauerei Schreyer-Prinz** in
 Karlsruhe, in die Tat umzusetzen.

Aus der sozialdemokratischen Presse. Der bisherige poli-
 tische Redakteur der Heidelberger sozialdemokratischen „Volk-
 zeitung“, **E. Grünebaum**, tritt in die Redaktion des Karlsru-
 her „Volkstreuend“ ein.

Badisches Landesbühnen. Sonntag, den 30. Oktober, findet
 die erste Wiederholung der mit so großem Erfolg neuemisti-
 dierten komischen Oper „Die verkaufte Braut“ von Friedrich
 Smetana statt. Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor
Josef Krips. Szenische Leitung: Oberregisseur **Otto Krauß**.
 Als Nachmittagsvorstellung gelangt Sonntag, den 30. Ok-
 tober, um 3 Uhr das Ballett „Sylvia“ von Delibes zur Auf-
 führung in der Einstudierung von **Edith Vielesfeld**. Musik-
 alische Leitung: Kapellmeister **Josef Keilberth**, szenische Lei-
 tung: **Robert Lebert**.

Geigenabend Hegedüs. Das Programm, das der Brül-
 ler Violinvirtuose Prof. **Hegedüs** für sein erstes Karlsruher
 Konzert, das Montag, 31. Oktober, abends 8 Uhr, im Ein-
 trachtssaal stattfindet, gewählt hat, beginnt mit der Erst-
 aufführung der G-Moll-Sonate für Violine und Klavier von
 Debussy, dem hochbedeutenden französischen Neutöner. Ein
 Violin-Konzert von **Bizet** (1875—1943 in Venedig), in der
 trefflichen Bearbeitung des ungarischen Geigers **Nachsz**, wird
 ebenfalls sehr interessieren. Von der virtuellen Seite wird
 sich der Konzertgeber in zwei ungarischen Tänzen von
Brahms-Jochims zeigen, sowie in den **Corelli-Variationen**
 von **Tartini-Kreisler**. Am Schluß des Programms steht die
 untergänigliche „Kreuzer-Sonate“, der untrügliche Prüfflein
 für jeden Geiger. — In **Gustav Wek** hat Prof. **Hegedüs** einen
 ganz vortrefflichen Klavierpartner gewonnen.

**Weternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsru-
 che.** Auch gestern hatte Baden noch heiteres und mildes
 Wetter. Heute morgen macht sich bei uns vorübergehend
 der Einfluß des über England hinwegziehenden bis zur Nordsee
 hervorgerufenen Sturmwirbels durch Bewölkungszunahme
 bemerkbar. Mit einer Verschlechterung ist jedoch vorüberhand
 nicht zu rechnen, da eine im Westen folgende Hochdruckwelle
 auch für morgen noch den Fortbestand des heiteren und mil-
 den Herbstwetters zu sichern scheint. Voraussichtliche Witte-
 rung für Sonntag: Fortdauer des heiteren, trockenen und
 milden Herbstwetters.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
 Waldstraße Telefon 5111
METROPOLIS

Kurze Nachrichten aus Baden

D. B. Forzheim, 27. Okt. Der Leiter des städtischen Elek-
 trizitätswerkes, **Stadtbauinspektor Hugo Schleicher**, ist 54
 Jahre alt an einer Venenentzündung gestorben, die die
 Folge einer Verwundung war, welche er sich vor 14 Tagen
 durch den Fall auf einer Treppe seiner Wohnung zugezogen
 hatte.

D. B. Donaueschingen, 29. Okt. Die kürzlich durch die
 Presse gegangene Meldung, wonach in Hüfingen sich ein Fall
 spinaler Kinderlähmung ereignet haben soll, muß dahin be-
 richtiget werden, daß nach Meldung des Landrats **Wöhrl** der
 Fall lediglich auf Vermutung beruht. Es ist noch nicht nach-
 gewiesen, daß die spinale Kinderlähmung in Hüfingen wirk-
 lich aufgetreten ist.

Freihändiger Nadel-Holzverkauf.

**Bad. Forstamt Neustad
 i. Schw.** Dienstag, den
 8. November 1927, vorm.
 11 Uhr: ca. 1700 Festme-
 ter vorw. F. Losberzei-
 nis durch Forstamt, 1822.

1,3 km Gleisumbau auf
 den Bahnhöfen **Wühl-
 Rheinfelden** und **Wieder-
 schwörstadt** und 0,9 km
 Vettungsrenuerung zwi-
 schen **Herten** und **Rhein-
 felden** nach der Verbin-
 dungsordnung für Bau-
 leistungen Ausgabe 1926
 zu vergeben. Bedingnis-
 heft und Angebotsvor-
 drucke liegen bei dem
 Reichsbahn-Bauamt und
 Bauinspektorei **Rheinfelden**
 auf. Angebote längstens
 bis zum Eröffnungster-
 min 7. November 1927,
 11½ Uhr, postfrei mit
 Aufschrift **Gleisumbau**
 einreichen. Zuschlagsfrist
 1 Woche. 1831.
Basel, 28. 10. 1927.
 Reichsbahn-Bauamt
 Basel.

Was Sie brauchen

Niedrige Preise **Qualität** **Auswahl**

finden Sie immer bei mir:

Velour de laine-Mäntel mit Pelz von 19.75 an
Ottomanmäntel m.reich.Plüschgarn. von 36.50 an
Wollkleider von 9.75 an
Veloutinekleider von 29.75 an

Nur einige Beispiele meiner Leistungsfähigkeit!

Ich bin dem Ratenkaufabkommen der Bad. Beamtenbank angeschlossen

Frau M. Eisenhardt
 Kaiserstr. 50a: Ecke Adlerstraße

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stand vom 27. Oktober

Die Börse war in der Berichtswache von einer schweren Depression heimgegriffen. Maßgebend für die Zurückhaltung und das Abgabebedürfnis war neben der schwachen Haltung der Auslandsbörsen vor allem die unsichere Geldlage. Der Reichsbankausweis ist immer noch stark angespannt. In der Abwicklung des Auslandsanleihen haben sich ziemlich Schwierigkeiten ergeben. Die steigende Tendenz des Privatdiskonts ließ die Befürchtung entstehen, daß eine nochmalige Erhöhung der amtlichen Reichsbankrate bevorstehe. Weiter wurde die Börse verstimmt durch politische Nachrichten. Die Beendigung des mitteldeutschen Braunkohlenstreiks übte fast keinen Einfluß auf die Tendenz aus. Der Abbau der Engagements, der auch durch den herannahenden Ultimo nahegelegt war, drückte scharf auf die Kurse. Schwach lagen besonders die sonst bevorzugten Werte des Farben- und Elektromarktes. Aber auch Bank- und Schiffahrtswerte gingen zurück. Auch die Anleihen, sowohl deutsche wie fremde waren gedrückt.

Der Geldmarkt war stark angespannt. Tagesgeld ist zwar leichter erhältlich, Monatsgeld knapp und teuer. Die Verflüssigung auf Teilgebieten des Geldmarktes darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gesamtlage ausgesprochen angespannt ist. Zur Erschwerung der Geldlage trug auch der Umstand bei, daß die an der Beschaffung von Auslandsanleihen beteiligten Banken ihre in Devisen bestehenden Anleiheerlöse wegen der Zurückhaltung der Reichsbank im Deviseneinkauf nicht bei dieser eintauschen können, sondern zur Beschaffung von Geld andere Wege beschreiten müssen. Der neueste Reichsbankausweis zeigt wieder eine starke Anspannung.

Produktenmarkt. Die Getreidebörsen waren auf höhere Auslandsnotierungen besessigt. Die weitere Entwicklung hängt davon ab, wie die jetzt heranreifende Ernte in Amerika und Australien ausfallen wird.

Warenmarkt. Die gute Wirtschaftskonjunktur im Inland hält weiter an. Hanfwaren wurden um 10 Prozent, Stahlwaren um 5 Prozent im Preis erhöht. An den Wollmärkten war die Tendenz nicht einheitlich. Baumwollmärkte zeigten nur geringfügige Veränderung. Auf den Häuteauktionen zeigte sich starke Kaufkraft und die Preise erhöhten sich um 5 bis 10 Prozent.

Viehmarkt. Die Schlachtviehmärkte hatten auch in dieser Woche gute Zukufen, doch zeigte die Rindschaf im Hinblick auf das Monatsende und den sonstigen Herbstmarkten eine leichte Zurückhaltung. Auf den Schweinemärkten trat allgemein eine Preisentwertung ein. Auch auf den Kalber- und Großviehmärkten gab es einen Preisdruck.

Staatsanzeiger

Lebensrettung
Apotheker Leo Reich in Überlingen rettete am 14. August 1927 den 19 Jahre alten Malerlehrling Johann Linseisen von Überlingen vom Tode des Ertrinkens im Bodensee. Ich spreche dem Genannten für das bei diesem Rettungswert bewiesene mutvolle und entschlossene Handeln meine Anerkennung aus.

Konstanz, den 26. Oktober 1927.
Der Bad. Landeskommissär für die Kreise Konstanz, Balingen und Waldshut:
Dr. Hartmann.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Entlassen auf Ansuchen:

Den planmäßigen außerordentlichen Professor für Musikwissenschaft an der Universität Heidelberg Dr. Hans Joachim Moser.

Telephon 5599 **COLOSSEUM** Waldstr. 16
Täglich abends 8 Uhr
Sonntags nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr
Die lachende Revue
Freut Euch des Lebens!
Verfaßt von Walter René. Musik von Emil Palm
60 Mitwirkende 6.537
400 Originalkostüme 20 Girls

Eintracht
Montag, 31. Oktober, 8 Uhr
Violin-Abend
Professor Ferencz
HEGEDÜS
(Brüssel)
Am Flügel: **Gustav Beck**
(Berlin-Darmstadt)
Debussy: Sonate g-moll
Vivaldi: Violin-Konzert a-moll
Beethoven: Kreutzer-Sonate 6.807
Karten zu 1, 50, 2, 3 und 5 RM bei
Kurt Neufeldt
Waldstraße 39

Badische Lichtspiele
KONZERTHAUS
Samstag, 29. Oktober bis Mittwoch, 2. Nov.
jeweils abends 8 1/2 Uhr
Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachm.
Sonntag, 30. Oktober nur 4 Uhr nachmittags
Gösta Berling
(II. Teil)
Musikbegleitung: Polizeikapelle
Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller,
Kaiserstraße, und Büro, Beiertheimer Allee 10
Vergünstigungen wie üblich 6.341

Der berühmte
Schaller Tee
in Originalpackungen
wird Sie durch seine hohe Güte stets befriedigen.

Hypothek gesucht!
4-6000 RM auf Kente-
haus, Br. Hauptpost N. 32
Karlsruhe. 6.839

Güterrechtsregister.
Offenburg, 6.526.
Güterrechtsregister-
trag Band II Seite 245:
Adolf Wilhelm **Crocoll**,
Forstassessor in Kammer-
weier und Ilse Hildegard
Kulz geb. Buchholz. Durch
Vertrag vom 24. Septem-
ber 1927 ist die Verwal-
tung und Nutzung des
Waldes angeschlossen, es
tritt Gütertrennung ein.
Offenburg, 21. 10. 1927.
Badisches Amtsgericht.

Bekanntmachung.
6.830. Überlingen. In
dem Konkurs über den
Nachlaß des Schreiner-
meisters **Karl Keller**, Über-
lingen, soll die Schlußver-
teilung erfolgen. Nach
Befriedigung der bevor-
rechtigten Gläubiger, der
Massekosten und -schulden
sind hierzu 383,54 M ver-
fügbar. Die noch zu be-
rückichtigenden Forderungen
betragen 1.278,45 M.
Das Schlußverzeichnis
liegt auf der Gerichts-
schreiberei des Amtsger-
ichts Überlingen auf.
Überlingen, 29. 10. 1927.
Der Konkursverwalter:
Fritz Mangold

ULTIMO



39.-
Aus reinwol-
lenen Ottoman
hergestellt, mit
begrenztem
Besatz reich
ausgestattet,
erhält dieser
schöne Mantel
durch die vom
Knopt aus-
gehende strah-
lenförmig an-
geordnete Bis-
senparallol
eine besondere
vornehme Note

35.-
Trotz des bil-
ligen Preises
brauchen Sie
auch bei die-
sem mit reich-
lichem Palas-
satz verach.
Ottomanmantel
nicht auf die
modische Form
und Linie zu
verzichten.
Wird ein An-
gebot besond.
Güte u. Preis-
würdigkeit

ANGEBOT
DER **DBG**

1/3 Anzahlung
3 Monats-Raten
Beamte, Festangestellte und
alte Kunden ohne jede
Anzahlung

Wie diese beiden Schlagler, sind alle unsere Abteilungen mit Sonderangeboten reich gefüllt.
Wer richtig kaufen will, kauft gleich — zahlt später
bei uns

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.
Kronenstrasse 4 KARLSRUHE Ecke Markgrafenstrasse

Marie Mant
Wika Vogel
Knes Weiner
Benzel Kaufkötter
Hans Lentwig
Kegat Schuster
Springer Müller
Esmeralda Seiberlich
Ruff Gröhinger

Länge einstudiert von
Edith Vielesfeld

Anfang 7 1/2, Ende nach 10
I. Rang und I. Sperrfisch
8.26.

Montag, 31. Oktober 1927
Vollsbühnen 2
Florian Geyer
von Gerhart Hauptmann
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

v. Notenhahn v. d. Trend
Markgraf Friedrich
Baumbach
v. Lichtenstein Gemmede
v. Kauflein Leitzgeb
v. Stein Schulze
Hans v. Grumbach Wehner
v. Geyer Graf
v. Raffell Kuhne
v. Gütten Dahlen
Kunz v. d. Mühlen Ditholt
Gilgenessig Müller
Florian Geyer Hietl
v. Menzingen Kloeble
v. Berlichingen Gemmede
v. Hartheim Graf
Wih. v. Grumbach Brand
Anna v. Grumbach Ermarth
Kellermann Schulze
Karlstätt v. d. Trend
Wesemeyer Höder
Schultze Renscherf
Löffelholz Prüiter
Martin Schulz-Weiden
Finkenmäuslin Reinath
Sartorius Schellenberger
Linf Grandel
Bubenleben Dahlen
Kohl Herz
Gippler Wehner
Kehler Schmidt-Kehler
Klammender Müller
Krazer Wehner
Schäferhans Baumbach
Karei Vertam
Haufiger Schulz-Weiden
Jöselin Gemmede
Eine alte Frau Fiegler
Ihr Sohn Graf
Klauslin Frohmann
Sein Weib Genter
Scherlin Herz
Peter Schmidt-Kehler
Wönch Leitzgeb
Bauer Prüiter
Domherr Weidner

Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2
I. Rang und I. Sperrfisch
5.26

Der IV. Rang ist für den
allgemeinen Verkauf frei-
gehalten.

Di. 1. Nov.: Volkstümliche
Vorstellung zu halben
Preisen: Der Evangelmann.

TH. und O. HESSIG
Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
6.768 Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

Jagd-Verpachtung.
Bad. Forstamt Huchen-
feld in Bfornheim ver-
pachtet in öffentl. Verstei-
gerung auf seinem Ge-
schäftszimmer, Forststr. 1
hier, am **Mittwoch, den 9.**
Nov. d. J., vorm. 10 Uhr,
den Staatsjagdbezirk I
„Enghalde“ und „Wägen-
brunner Nagoldhalbe“
(Staatswaldbezirke I u. II)
mit zusammen rund
664 ha vom 1. Febr. 1928
ab auf weitere sechs
Jahre. Auskunft u. Pach-
bedingungen beim Forst-
amt. 6.809.

**Schichtholz- und
Stangenversteigerung.**
Das Forstamt Gerren-
wies in Forbach verstei-
gert am **Donnerstag, den**
3. November 1927, nach-
mittags 1/2 Uhr, im Gast-
haus zum Auerhahn in
Gerrenwies: 150 Ster Bu-
schenscheiter; 1800 Ster
Nadelcheiter und Prügel;
100 Ster Papierholz; 750
Ster Hopfenstangen, 530
Ster Kleinstangen u. 105
Ster Baumstämme. Das
Holz zeigt vor: Förster
Dinger u. Werl i. Ger-
renwies, Baumfiedt u.
Herzog in Hundsbach u.
Forstwart Wittmann in
Gerrenwies. 6.825.

Badisches Landestheater
Sonntag, 30. Oktober 1927
Nachmittags
Sylvia
von Delibes
Einstudierung:
Edith Vielesfeld
Musikalische Leitung:
Josef Keilberth
Regie: Robert Lebert

Sylvia Vielesfeld
Aminia Leitzgeb
Orion Brand
Amor Vertam
Diana Seiberlich
Endymion Graf

Anfang 3, Ende 5
I. Rang und I. Sperrfisch
3.26

Die verkaufte Braut
von Smetana
Musikalische Leitung:
Josef Strips
In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Kruschina Röver
Kathinka Straß

Im Stadt. Konzerthaus
Sonntag, 30. Oktober 1927
Spiel im Schloß
von Molnar
In Szene gesetzt von
Eugen Schulz-Weiden

Korch von der Trend
Ransth Brand
Adam Leitzgeb
Annie Willer
Almody Höder
Sekretär Gemmede
Kata Prüiter

Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2
I. Partett 4.20 RM

Druck G. Braun, Karlsruhe